

„Wer hat, dem wird gegeben. Wer nichts hat, der kommt auch zu nichts.“

## Jahresempfang des SoVD Nordrhein-Westfalen



Von links: SoVD-Landesvorsitzende Gerda Bertram, Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer und Andrea Asch (Bündnis 90/Die Grünen) tauschten sich über aktuelle Themen aus.

„Sozial benachteiligte und behinderte Menschen werden aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nach wie vor ausgeschlossen“, kritisierte Gerda Bertram. Sie wies dabei auf die Situation in Nordrhein-Westfalen hin: Obwohl die UN-Behindertenrechtskonvention seit zwei Jahren in Kraft ist, sei man hier von einem inklusiven Bildungssystem nach wie vor weit entfernt. Der SoVD erkennt zwar an, dass die Landesregierung erste Schritte in die richtige Richtung getan habe, der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern sei jedoch bei der Gemeinschaftsschule weiterhin nicht zwingend vorgesehen. „Wir brauchen eine barrierefreie, inklusive Schule, damit kein Kind mehr zurückbleibt“, sagte Bertram. Damit dies verwirklicht werden könne, müssten weitere, mutige Schritte folgen. Die personellen und baulichen Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht an den Schulen müssten allerdings erst noch geschaffen werden.

Nach der UN-Behindertenrechtskonvention haben behinderte und pflegebedürftige Menschen das Recht, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Für den SoVD NRW ist es vor diesem Hintergrund nicht hinnehmbar, dass alten und pflegebedürftigen Menschen

auch gegen ihren Willen noch immer ein Doppelzimmer im Pflegeheim zugemutet werden kann. „Das verletzt die Privat- und Intimsphäre dieser Menschen massiv“, erklärte Gerda Bertram. Die Landesvorsitzende forderte einen Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer im Landesheimrecht sowie Verbesserungen für die häusliche Pflege: „Zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt – oftmals ohne professionelle Unterstützung. Sie leisten Pflege bis weit über ihre Belastungsgrenze hinaus und werden dabei selbst krank. Wir brauchen mehr bezahlbare Unterstützungs- und Entlastungsangebote, damit sie diese schwere Aufgabe leisten können.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer prangerte die zunehmende Ungerechtigkeit in Deutschland an: „Bei uns gilt inzwischen: Wer hat, dem wird gegeben. Und wer nichts hat, der kommt auch zu nichts. Das aber widerspricht den Grundsätzen des Sozialstaates fundamental.“ Soziale Gerechtigkeit bedeute, dass der Staat gezielt in die individuellen Fähigkeiten des Einzelnen investiere, um allen Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Der Sozialstaat müsse dafür sorgen, dass sich Menschen unabhängig von ihrer

„Für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit“ – unter dieses Motto hatte der SoVD NRW seinen diesjährigen Jahresempfang gestellt. Die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram begrüßte rund 100 Gäste aus Landespolitik, Sozialgerichtsbarkeit, Verwaltung und Verbänden in der Düsseldorfer Rheinterrasse. In ihrer Rede forderte Bertram bessere Teilhabechancen für behinderte und sozial benachteiligte Menschen sowie mehr Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige. SoVD-Präsident Adolf Bauer nahm Stellung zu den an diesem Tag gescheiterten Verhandlungen zur Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze. Er mahnte Soforthilfen für die Betroffenen an und warnte vor einem weiteren Sozialabbau.

Gesundheit, ihrem Talent und ihrem Geldbeutel auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Vor diesem Hintergrund forderte Bauer einen Richtungswechsel vom Sozialabbau hin zu mehr Solidarität. Nachdrücklich warnte er zudem vor einem weiteren Anstieg der Armut – insbesondere von Kindern: „Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass jedes Kind eine Chance auf gute Bildung erhält. Nur so können wir den Teufelskreis der Armut durchbrechen.“

Mit Blick auf die gescheiterten Hartz-IV-Verhandlungen sagte Bauer: „Ausbaden müssen das die Menschen, die in der Gesellschaft den schwersten Stand haben. Die Bundesregierung muss jetzt wenigstens für eine Soforthilfe sorgen. Die 2,5 von Armut betroffenen Kinder brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe. Sie werden sonst um ihre Zukunftschancen gebracht.“

Der SoVD-Präsident forderte die Stärkung der solidarischen Sicherungssysteme. Die weitere Privatisierung sozialer Risiken wie Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit müsse gestoppt werden. Bauer wurde deutlich: „In einer sozialen Marktwirtschaft ist die Aufgabe des Sozialstaates nicht auf die Rolle des Reparaturbetriebes einer freien Wettbewerbsordnung beschränkt. Im funktionierenden Sozialstaat



Einige Landtagsabgeordnete waren beim SoVD-Empfang zu Gast, darunter unter anderem (von links) Bernhard Tenhumberg (CDU), Arif Ünal (Grüne), Dr. Stefan Romberg (FDP) und Rainer Bischoff (SPD).

ist wirtschaftlicher Erfolg untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger verbunden. Denn sie haben den Unternehmenserfolg maßgeblich erwirtschaftet.“

Die Grußworte der Landesregierung überbrachte Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer. Er bezog ebenfalls Position zu den gescheiterten Verhandlungen über die Hartz-IV-Regelsätze: „Die Landesregierung bedauert, dass keine Einigung zustande gekommen ist. Wir konnten den Vorschlägen von Schwarz-Gelb nicht zustimmen, weil die Koalition die manipulierte Berechnung der Hartz-IV-Sätze nicht korrigieren will.“ Ein weiteres Problem sei gewesen, dass auch bei der Forderung nach einem Mindestlohn in der Zeitarbeit sowie nach einer gleichen Bezahlung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten in den Betrieben kein tragfähiger Kompromiss erreicht werden konnte. Schäffer konkretisierte den dringenden Handlungsbedarf: „Armut ist durch Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung verursacht. Die Leiharbeit verschlimmert die Situation. Denn sie wird dazu genutzt, die Stammbeschäftigten durch billige Leiharbeiter zu ersetzen. Deshalb sind vor allem in diesem Bereich gesetzliche Regelungen unverzichtbar.“

**Wirtschaftlicher Erfolg ist untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden.**

„Es halten diejenigen am selektiven Bildungssystem fest, die nichts anderes kennen. Dort, wo die Inklusion schon seit Jahren praktiziert wird, fällt es leichter, für ein inklusives Bildungssystem zu werben. Wir müssen dennoch sensibel mit dem Thema umgehen und die Schule sich entwickeln lassen.“

### Aus den Grußworten der Fraktionen

„Beim Thema Inklusion müssen wir alle Betroffenen mitnehmen. In der Diskussion kann es sicher mal passieren, dass nicht der richtige Ton getroffen wird. Wir müssen parteipolitische Interessen zurückstellen und der Qualität den Vorzug vor Quantität geben.“

Ursula Doppmeier (CDU)

„Es halten diejenigen am selektiven Bildungssystem fest, die nichts anderes kennen. Dort, wo die Inklusion schon seit Jahren praktiziert wird, fällt es leichter, für ein inklusives Bildungssystem zu werben. Wir müssen dennoch sensibel mit dem Thema umgehen und die Schule sich entwickeln lassen.“

Heike Gebhard (SPD)

„Bei den Verhandlungen um die Hartz-IV-Regelsätze geht es darum, wie viel Teilhabe und soziale Gerechtigkeit wir wollen. Mit der Politik der Bundesregierung wird neue Kinderarmut geschaffen.“

Andrea Asch (Bündnis 90/Die Grünen)

„Wenn Verhandlungen scheitern, dann liegt es an allen. Es ist zu einfach, den schwarzen Peter einer Seite zuzuschieben.“

Dr. Stefan Romberg (FDP)

„Der Markt kann die Gesellschaft nicht zusammenhalten. Wer auf das freie Spiel der Kräfte setzt, der will die Freiheit des Fuchses im Hühnerstall. Wir brauchen eine regulierende Sozialpolitik, der es gelingt, den Menschen in den Brüchen seines Lebens – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und Alter – verlässlich aufzufangen.“

Dr. Carolin Butterwege (Die Linke)



Ebenfalls zu Gast waren die Präsidenten der Sozialgerichte (von links): Peter F. Brückner (Düsseldorf), Heinrich Stratmann (Münster), Dr. Ricarda Brandts (Landessozialgericht) und ihr Vorgänger Dr. Jürgen Brand.



SoVD-Präsident Adolf Bauer kritisierte in seiner Rede eine wachsende Ungerechtigkeit und suchte das Gespräch mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Heike Gebhard.

## Landesverbandstagung vom 13. bis zum 16. Juli

Vom 13. bis zum 16. Juli findet die ordentliche Landesverbandstagung des SoVD Nordrhein-Westfalen e.V. in Düsseldorf im Hotel Maritim statt. Die Einladung geht den Delegierten im Juni zu. Der Landesverbandstag ist das höchste Gremium des Landesverbandes. Er tritt alle vier Jahre zusammen. Zu seinen Aufgaben gehört die Wahl des Landesvorstandes, der Landesrevisoren und der Landesschiedsstelle. Des Weiteren werden auch Beschlüsse über die Satzung gefasst.

### Bilanz des Landessozialgerichts

## Zahl der Hartz-IV-Verfahren weiterhin sehr hoch

**Die Anzahl der Verfahren an den nordrhein-westfälischen Sozialgerichten ist nach wie vor sehr hoch. An den landesweit acht Sozialgerichten gingen im vergangenen Jahr insgesamt über 91 000 Klagen und Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz ein. Das gab das Landessozialgericht Essen in seiner Jahrespressekonferenz bekannt.**

Die meisten Verfahren vor den Sozialgerichten des Landes NRW sind im Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende zu verzeichnen (29 197). An zweiter und dritter Stelle liegen Verfahren im Schwerbehindertenrecht (18 316) und im Bereich der Rentenversicherung (13 757). „Im Bereich Grundsicherung stellen wir fest, dass es allein aufgrund der Fülle der Bescheide, die von den ARGEN bearbeitet werden, zu Fehlern kommt und deshalb geklagt wird“, erläuterte die Präsidentin des Landessozialgerichtes, Dr. Ricarda Brandts. Streit gebe es vor allem um die Kosten der Unterkunft und darum, ob eine Bedarfsgemeinschaft vorliege und wie die Hilfebedürftigkeit des Betroffenen einzuschätzen sei.

Bis zum Abschluss eines Verfahrens vergingen im Schnitt zwölf Monate. Einstweiliger Rechtsschutz sei jedoch innerhalb von vier Wochen möglich. „Die Kläger können nicht lange warten, denn in diesen Verfahren stehen existenzielle Nöte der Menschen im Mittelpunkt. Da geht es darum, ob der Strom abgeschaltet wird oder ob das Geld zum Lebensunterhalt einer Familie gesichert ist“, so Dr. Brandts weiter. Die Erfolgsquoten liegen bei diesen Klagen nach wie vor sehr hoch: Menschen, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, gewinnen in vier von zehn Verfahren zumindest teilweise. Parallel dazu ist auch die Prozesskostenhilfe angestiegen: 2010 beantragten über 39 000 Kläger Prozesskostenhilfe, zwei Drittel der Anträge hatten Erfolg.

Sorge bereitet den Sozialrichtern der große Altbestand an Fällen: Knapp 89 000 Verfahren sind an den Sozialgerichten noch unerledigt – das ist ein neuer Höchststand. Im Schnitt erledigt ein Sozialrichter in der ersten Instanz rund 400 Fälle im Jahr, in der zweiten Instanz sind es rund 100 Verfahren.

### Kostenlose Beratung für Menschen mit Behinderung

## Agentur barrierefrei wird bis 2013 gefördert

**Die Agentur barrierefrei wird vom Forschungsinstitut Technologie und Behinderung in Volmarstein getragen und berät kostenlos Menschen mit Behinderung und ihre Interessenverbände sowie Entscheidungsträger aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft. Nun wurde entschieden, dass die Agentur barrierefrei bis 2013 mit Landesmitteln gefördert wird.**



Foto: Robert Kneschke/fotolia

**Menschen im Rollstuhl müssen im Alltag verschiedene Hürden überwinden – manche davon könnten ihnen jedoch erspart werden.**

Mit einem breit angelegten Spektrum an Informationen und Serviceleistungen trägt die Agentur dazu bei, bürgerfreundliche, praktikable und kostengünstige Lösungen zur Herstellung von Barrierefreiheit umzusetzen. Grundlage hierfür ist das nordrhein-westfälische Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Dieses sieht vor, dass die Selbsthilfeverbände in den Kommunen Zielvereinbarungen erarbeiten, mit denen die Zugänglichkeit von Einrichtungen, von öffentlichem Nahverkehr und von anderen Angeboten verbessert werden soll. Damit die Verbände dazu auch in der Lage sind, erhalten sie professionelle Unterstützung durch die Agentur barrierefrei. Die Landesregierung stellt für die Arbeit der Agentur barrierefrei insgesamt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen zur Arbeit und zum Angebot der Agentur barrierefrei gibt es im Internet unter [www.ab-nrw.de](http://www.ab-nrw.de).

### Zahlreiche Einrichtungen erhielten Förderzusage

## Arbeitslosenzentren in NRW bieten seit Januar wieder Beratung an

**Das Land Nordrhein-Westfalen fördert seit Januar wieder Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren. Insgesamt 145 Einrichtungen haben eine Förderzusage erhalten. Für die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen stehen jährlich rund fünf Millionen Euro aus Landesmitteln sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.**

Arbeitslosenberatungsstellen informieren über Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, beraten zu wirtschaftlichen und psychosozialen Problemen und bieten Hilfestellung bei rechtlichen Fragen an. Sie eröffnen Wege zu weiteren Hilfsangeboten und stellen die dafür notwendigen Kontakte her. Arbeitslosenzentren bieten mit ihrem niedrigschwelligen Angebot vor allem soziale Kontakte und öffnen Türen zu weiterführenden Beratungsangeboten.

Die Beratungsstellen und Zentren wenden sich insbesondere an langzeitarbeitslose Menschen, welche Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) beziehen. Darüber hinaus sind sie offen für Bezieher von Arbeitslosengeld I, ältere Erwerbslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, Berufsrückkehrende und sogenannte Aufstocker (Bezieher aufstockender Leistungen nach Sozialgesetzbuch II). Grundsätzlich werden jetzt in jeder kreisfreien Stadt und jedem

Kreis mindestens eine Arbeitslosenberatungsstelle und ein Arbeitslosenzentrum gefördert.

Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalens

die Fördermittel im Jahr 2008 gestrichen hatte, musste das Beratungsangebot in vielen Kommunen eingeschränkt oder ganz eingestellt werden.



Foto: Harald07/fotolia

**Arbeitslosigkeit kann heute jeden treffen – dennoch fällt allein schon das Ausfüllen der notwendigen Anträge den Betroffenen oftmals schwer.**

### Zahlreiche Infektionen wären vermeidbar

## NRW plant Aktionsplan Hygiene

**Schätzungsweise 800 000 Menschen stecken sich jedes Jahr bundesweit an gefährlichen Krankheitserregern in Kliniken und Pflegeeinrichtungen an. Für schwer kranke und ältere Menschen sind die Keime, gegen die Antibiotika nicht mehr wirken, oft lebensbedrohlich. Rund 40 000 Menschen sterben an den Folgen solcher Infektionen. NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens hat nun einen „Aktionsplan Pflege“ vorgelegt, um die Hygiene an den Kliniken zu verbessern und so die Ausbreitung der Keime einzudämmen.**

Die Landesministerin will im Verbund mit allen Beteiligten die Hygiene in den Krankenhäusern schrittweise verbessern. So soll ein Frühwarnsystem installiert werden, damit Patienten, die mit gefährlichen Keimen infiziert sind, isoliert behandelt werden können. Dazu sind Tests bei der Aufnahme erforderlich, die bislang nur bei denjenigen gemacht werden, die zu einer Risikogruppe gehören – also bei Kindern, schwer kranken und alten Menschen.

Darüber hinaus sollen Patienten und Personal künftig besser informiert und aufgeklärt werden. Denn multiresistente Keime verbreiten sich auch durch den übermäßigen und unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika. So werden Keime zum Beispiel gegen Antibiotika immun, wenn das Medikament nicht bis zu Ende genommen wird. Durch mangelhaftes Händewaschen in den Kliniken wird die Verbreitung der Erreger zusätzlich gefördert.

An den Krankenhäusern sollen



Foto: Thaut Images/fotolia

**Gerade in Krankenhäusern müssen sowohl in den Zimmern der Patienten als auch im OP-Bereich bestimmte Hygienestandards erfüllt werden.**

nun Hygienebeauftragte eingeführt und Schulungsmaßnahmen umgesetzt werden. Des Weiteren sollen alternative Behandlungsmöglichkeiten gefördert werden, damit der Einsatz von Antibiotika vermieden

werden kann. Während Krankenkassen und Krankenhäuser die Vorschläge grundsätzlich begrüßen, wird bereits um die Übernahme der Kosten für die Hygienemaßnahmen gestritten.



## Urteile aus dem Sozialrecht (LSG NRW)

### Übernahme verspäteter Heizkostenrechnung

Ein Anspruch auf Übernahme einer Betriebskostenabrechnung als Sozialhilfeleistung wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Sozialhilfeempfänger sie erst mit sechs Monaten Verspätung beim Sozialhilfeträger vorlegt (Urteil vom 19.4.2010 – L 20 SO 18/09 nicht rechtskräftig, BSG-Aktenzeichen: B 8 SO 18/10 R).

### Sozialhilfe für höhere Pflegestufe erst ab Kenntnis

Bevor der Träger der Sozialhilfe nicht vom Antrag des Sozialhilfeberechtigten auf eine höhere Pflegestufe Kenntnis hat, ist er nicht verpflichtet, die durch deren Gewährung entstehenden höheren Kosten als Hilfe zur Pflege zu übernehmen (Urteil vom 27.1.2010 – L 12 (20) SO 37/09 nicht rechtskräftig, BSG-Aktenzeichen: B 8 SO 5/10 R).

### Hartz-IV-Leistungen erst ab Antragstellung

Hartz-IV-Leistungen werden nach einem Urteil des Landessozialgerichtes NRW nur auf Antrag und nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. Entscheidend ist grundsätzlich das Datum der Antragstellung. Dies gilt auch für einen Folgeantrag für weitere Bewilligungszeiträume (Urteil vom 11.5.2010 – AZ: L 6 AS 40/09 rechtskräftig).

## **Darum bin ich beim SoVD**

# „Viele kämen ohne den SoVD gar nicht mehr unter die Leute“

In unserer Serie stellen wir engagierte Menschen aus unserem Verband vor. Dieter Harwardt ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Gelsenkirchen-Bottrop. Er berichtet über das ehrenamtliche Engagement der Ortsverbände in seinem Bezirk.

Zu unserem Bezirksverband Gelsenkirchen/Bottrop gehören 6000 Mitglieder in 16 Ortsverbänden. Die Ortsverbände sind das Herz des SoVD. Denn hier tauschen sich ältere und behinderte Menschen aus und helfen sich gegenseitig in ihren Nöten. Die Ortsverbände haben oft in kirchlichen Einrichtungen, bei der AWO, in Jugendheimen, Kindergärten oder ähnlichen Einrichtungen Räume, die sie für ihre ehrenamtliche Arbeit nutzen und in denen regelmäßige Treffen und Veranstaltungen stattfinden. Leider wird es immer schwieriger, kostenfreie Räume für unsere Aktivitäten zu finden.

Die Ortsvorstände bereiten für die Mitglieder unterschiedlichste Angebote vor: Mitgliederversammlungen, Frauentreffen, gesellige Abende und Infoveranstaltungen. Dort sprechen dann Fachleute zu sozialrechtlichen Themen oder sie stellen Angebote

für ältere Menschen vor. Die Bandbreite der Themen erstreckt sich von Fragen zu Gesundheit, Rente, Pflege und Behinderung bis hin zu HartzIV. Außerdem gibt es Filmbeiträge, Powerpoint-Präsentationen und Diavorträge.

Darüber hinaus gibt es Veranstaltungen unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“. Da wären Grill-, Sommer- und Herbstfeste oder auch Karnevalsveranstaltungen zu nennen. Es gibt auch Tagesausflüge in die nähere Umgebung oder Mehrtagesfahrten. Das ist für viele ältere Menschen oftmals die einzige Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Denn manch einer ist aufgrund seines Alters oder seiner Behinderung recht einsam. Sie kämen ohne den SoVD gar nicht mehr unter die Leute.

Manchmal sind unsere Mitglieder auch gar nicht mehr mobil, weil sie



Dieter Harwardt

alt und chronisch krank sind. Dann besuchen unsere ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie auch zu Hause. Zum Beispiel an Geburtstagen oder wenn ein Verbandsjubiläum ansteht.

Alle diese Aufgaben werden von den Mitgliedern des Ortsverbandes wahrgenommen. Darüber hinaus gibt es aber auch Ehrenamtliche, die aus eigener Initiative in Altenheime oder Krankenhäuser gehen. Sie lesen vor und übernehmen auch andere Aufgaben. Manche wirken ganz im Stillen, sodass wir manchmal nur aus Zufall über das SoVD-Engagement erfahren.

Ich würde mir wünschen, dass wir noch mehr Menschen für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort gewinnen. Wer daran Interesse hat, kann sich gerne bei mir melden. Es gibt viel zu tun im Bezirksverband Gelsenkirchen-Bottrop. Packen wir es gemeinsam an!

Wie sind Sie zum SoVD gekommen und was sind Ihre Erfahrungen? Engagieren Sie sich möglicherweise auch ehrenamtlich? Lassen Sie andere Mitglieder an Ihrer persönlichen SoVD-Geschichte teilhaben! So erreichen Sie uns:

**SoVD Nordrhein-Westfalen e. V.,  
Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf,  
Tel.: 0211/3 86 03 14, Fax: 0211/38 21 75,  
E-Mail: m.gehms@sovd-nrw.de.**

Bitte geben Sie für etwaige Rückfragen unbedingt Namen und Telefonnummer an – vielen Dank!

Menschen mit und ohne Behinderung feiern gemeinsam

## Tag der Begegnung am 28. Mai

Unter dem Motto „Vielfalt der Generationen“ findet am 28. Mai von 10 bis 18 Uhr der mittlerweile 14. Tag der Begegnung im Archäologischen Park in Xanten statt. Der Tag der Begegnung ist das größte integrative Bürgerfest Europas für Menschen mit und ohne Behinderung.

Die Besucher erwartet auch in diesem Jahr ein buntes Programm mit Unterhaltung, Informationen und Mitmach-Aktionen. Rund 200 Initiativen, Verbände, Vereine und soziale Einrichtungen präsentieren ihre Angebote und Dienstleistungen für Menschen mit Handicap und deren Angehörige. Auch der SoVD

Nordrhein-Westfalen wird wieder mit einem Stand vor Ort sein.

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) rechnet auch diesmal wieder mit Tausenden von Besuchern, die gemeinsam beim Tag der Begegnung für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Handicap werben. Jähr-

lich bietet das Fest eine einzigartige Plattform für Information, Austausch und intensive Begegnung. Das kulturelle Programm der Veranstaltung ist vielfältig. Mit Musik, Tanz, Theater und Malerei zeigen Menschen jeden Alters mit und ohne Handicap die ganze Bandbreite ihrer Kreativität. So tritt unter anderem auch ein großer Generationenchor mit Sängerinnen und Sängern im Alter von sieben bis 77 Jahren auf. Darüber hinaus lockt der Tag der Begegnung mit einem breit gefächerten Rahmenprogramm: Ein großer Sport- und Bewegungspark bietet vom Breitensport über den Leistungssport bis hin zum Rehabilitations- und Präventionssport vielfältige Möglichkeiten, Neues zu entdecken und sich beim Sport zu begegnen.

Der Tag der Begegnung geht auf das sogenannte Maulkorbverbot von 1998 zurück, das Menschen mit Behinderung die Benutzung ihres Gartens zu bestimmten Tageszeiten verbot. Der LVR initiierte daraufhin eine Veranstaltung mit Signalwirkung, um für ein besseres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu werben.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung gibt es im Internet unter [www.tag-der-begegnung.lvr.de](http://www.tag-der-begegnung.lvr.de).



Foto: LVR

Im vergangenen Jahr begeisterte das Konzert der „Höhner“ Jung und Alt bei sommerlichen Temperaturen. Auch 2011 wird es ein buntes Programm mit Musik und Unterhaltung geben – und zwar wieder im Archäologischen Park in Xanten.

## Geschäftsstelle geschlossen

Die Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Siegen-Olpe-Wittgenstein ist ab sofort geschlossen. Die Sozialberatung erfolgt wie bisher über die Kreisgeschäftsstelle des Märkischen Kreises, Lüdenscheider Straße 15, 58762 Altena. Kreisgeschäftsführerin Kirsten Scherzant berät und vertritt die Mitglieder in sozialrechtlichen Angelegenheiten. Termine sollten vorher telefonisch vereinbart werden unter Tel.: 02352/22297. An dem Angebot der Ortsverbände im Kreisverband Siegen-Olpe-Wittgenstein ändert sich nichts.



## Personalien

### Dienstjubiläen im Landesverband

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen haben im ersten Quartal dieses Jahres einige Kolleginnen und Kollegen ihr Dienstjubiläum gefeiert. Das sind zunächst die Jubilarinnen aus dem Monat Januar: Seit 30 Jahren arbeitet Dagmar Padberg als Schreibkraft in der Sozialberatungsstelle des Märkischen Kreises. Im Kreisverband Lippe blickt Christa Kneffel bereits auf eine 25-jährige Tätigkeit im Verband zurück, während die Kreisgeschäftsführerin Sonja Mertz seit fünf Jahren für den SoVD in Herne arbeitet. Dort berät und vertritt die Juristin Mitglieder des Verbandes in sozialrechtlichen Angelegenheiten.

Im März begeht Christa Schneider, Bürokräftin im Märkischen Kreis, ihr 30-jähriges Dienstjubiläum. Ebenfalls gefeiert wird im Haus am Kurpark: In Brilon blickt Chefkoch Thomas Zwingelberg nämlich auf eine fünfjährige Tätigkeit zurück.

Allen Jubilarinnen und Jubilaren dankt der Landesverband für ihren Einsatz und wünscht ihnen für die weitere Arbeit beim SoVD Nordrhein-Westfalen alles Gute und viel Erfolg.

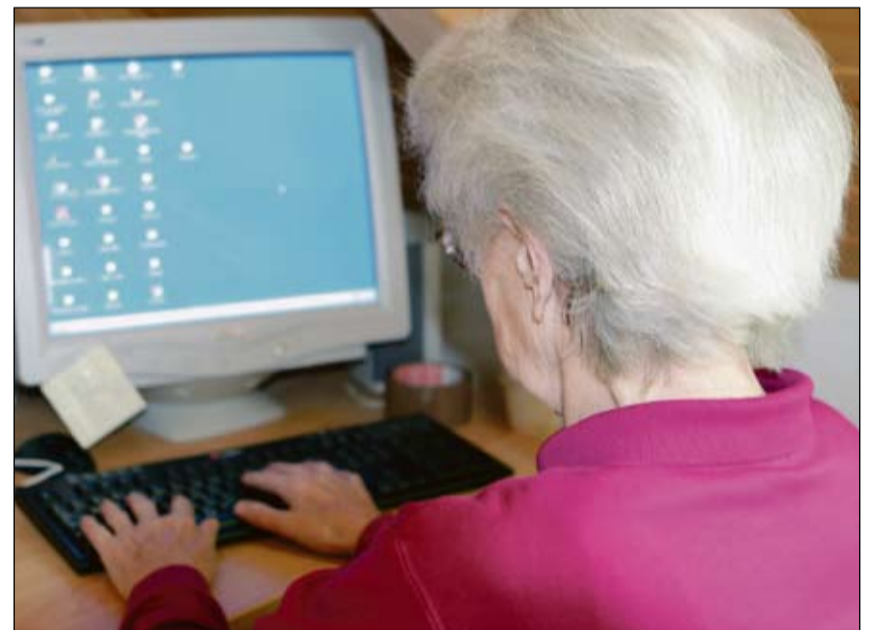


Foto: peppi18/fotolia

Man ist nie zu alt, um noch etwas dazuzulernen! Das gilt auch für Menschen, die sich ehrenamtlich im SoVD engagieren.

### Seminarprogramm 2011

## Weiterbildung mit dem SoVD NRW

Das neue Fortbildungsprogramm 2011 für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes liegt vor. In diesem Jahr werden insgesamt 14 Seminare angeboten. Das Programm liegt in den jeweiligen Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen aus und kann dort eingesehen werden.

Der Landesverband bietet in diesem Jahr zehn Seminare für ehrenamtliche und zwei für hauptamtliche Mitarbeiter an. Zwei weitere sozialpolitische Seminare können sowohl von haupt- als auch von ehrenamtlichen Mitarbeitern besucht werden. In diesen beiden Seminaren geht es um den Sozialstaat und die UN-Behindertenrechtskonvention.

„Wir denken, dass für jeden etwas dabei ist, und hoffen auf rege Teilnahme“, erklärte die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram. „Mit dem Fortbildungsangebot tragen wir aktiv zur Sicherung der Qualität unserer Arbeit bei“, so Bertram weiter.

Der Großteil der Angebote richtet sich an ehrenamtliche Mitarbeiter aus den Kreis-, Bezirks- und Ortsverbänden. Im Mittelpunkt stehen dabei viele praktische Tipps für die Arbeit als Vorstandsmitglied, Schatzmeister oder Revisor in den Kreis-, Bezirks- und Ortsverbänden. Des Weiteren sind Fortbildungen zur Organisation von Veranstaltungen und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Angebot. Für die Sozialberater des SoVD NRW sind die bewährte Jahrestagung sowie ein Seminar zur Überprüfung von Rentenbescheiden im Programm.

Das Fortbildungsprogramm kann in den Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen eingesehen werden. Darin finden sich auch Hinweise zur Anmeldung und zu den Kosten.



Foto: khorixas/fotolia

Eine selbstständige Tätigkeit birgt sowohl Chancen als auch Risiken – wer als Unternehmer in die Arbeitslosigkeit abrutscht, kann nicht wieder von der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln.

## Urteile aus dem Sozialrecht

### Hartz IV: Selbstständige nicht gesetzlich krankenversichert

Wer in der Vergangenheit selbstständig erwerbstätig und privat versichert war, wird bei Bezug von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versicherungspflichtig. Dies gilt auch dann, wenn schon vor dem Leistungsbezug der private Krankenversicherungsschutz beendet und die selbstständige Tätigkeit aufgegeben worden war.

Das hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG NRW) im Falle eines Hilfeempfängers aus Hamm im Eilverfahren entschieden. Dessen private Krankenversicherung war im Jahr 2007 wegen Beitragsrückständen beendet worden. Seither war er nicht mehr krankenversichert. Als der Kläger kurz nach Aufgabe seiner selbstständigen Tätigkeit Arbeitslosengeld II bezog, wollte er sich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern. Das lehnte die Krankenkasse ab: Der Betroffene sei verpflichtet gewesen, sich privat zu versichern. Die private Versicherung habe daher Vorrang. Wenn er dieser Verpflichtung nicht nachgekommen sei, müsse er sich so behandeln lassen, als sei er versichert.

Hintergrund dieses Streits ist, dass seit dem 1.1.2009 eine allgemeine Versicherungspflicht auch in der privaten Krankenversicherung (PKV) besteht. Selbstständige, die dem System der PKV zugewiesen sind, sind daher verpflichtet, einen Versicherungsvertrag abzuschließen. Der Gesetzgeber hat aber keine ausdrückliche Regelung für den Fall getroffen, dass diese Versicherungspflicht nicht erfüllt wird. Gleichzeitig begründet der Bezug von Arbeitslosengeld II eine Versicherungspflicht in der GKV. Dies allerdings nur, wenn der Betroffene nicht unmittelbar vor dem Bezug von Arbeitslosengeld II überhaupt nicht krankenversichert und hauptberuflich selbstständig erwerbstätig war. Der Beschwerdeführer meinte nun, er zähle nicht zu diesen Selbstständigen, da er seine selbstständige Erwerbstätigkeit kurz vor dem Bezug des ALG II aufgegeben habe.

Dem widersprachen die Essener Richter. Für die Zugehörigkeit zu dem von der Versicherungspflicht in der GKV ausgeschlossenen Personenkreis der Selbstständigen komme es allein auf den durch die letzte berufliche Tätigkeit erlangten Status an, auch wenn die selbstständige Tätigkeit schon kurz vor dem Leistungsbezug beendet worden sei. Andernfalls würde die gesetzgeberische Grundentscheidung verfehlt. Der Gesetzgeber habe im Interesse einer gleichmäßigeren Lastenverteilung zwischen privater und gesetzlicher Versicherung die Risiken dem System zuweisen wollen, dem sie aufgrund der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Betroffenen zuzuordnen seien. Da die privaten Versicherer verpflichtet seien, einen Vertrag unabhängig von bestehenden Vorerkrankungen im sogenannten Basisarbit abzuschließen, müsse der Betroffene sich um eine entsprechende private Versicherung bemühen. Der Beschluss ist rechtskräftig (LSG NRW, Beschluss vom 23.8.2010 – AZ: L 16 KR 329/10 B ER, Vorinstanz: SG Dortmund, Beschluss vom 25.5.2010 – AZ: S 8 KR 494/10 ER).

## Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/8 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion/Ansprechpartnerin für die Landesbeilage: Michaela Gehms, Tel.: 0211/3 86 03 14, E-Mail: m.gehms@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030/7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Material: Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos.



## Aus den Kreis- und Ortsverbänden

### Ortsverband Sölde/Sölderholz

Der Ortsverband Sölde/Sölderholz (Kreisverband Dortmund) hat in seiner Mitgliederversammlung langjährige Mitglieder und ehrenamtliche Mitarbeiter geehrt. Dieter Koch, Heike Kreft, Johann Sedat, Angelika Söpfer und Peter Schumann sind dem Verband seit 25 Jahren treu verbunden. Seit zehn Jahren gehören Willi Burandt und Alfred-Anton Dankschat dem SoVD an. Für 15 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit erhielt Rosa Große eine Auszeichnung. Des Weiteren ernannten die Mitglieder Wilhelm Schulze zum Ehrenvorsitzenden. Der Ortsverbandsvorsitzende Hans Kischel dankte ihm und allen anderen, die sich seit vielen Jahren für die Mitglieder im Ortsverband einsetzen.



Ortsverband Sölde/Sölderholz

### Ortsverband Schildesche

Zu einer Jahresabschlussitzung hatte der Ortsverband Schildesche (Kreisverband Bielefeld) seine Mitglieder eingeladen. Aus diesem Anlass konnte die Ortsverbandsvorsitzende und stellvertretende Kreisvorsitzende Erika Uffmann auch zahlreiche Ehrengäste begrüßen. So überbrachte unter anderem Bezirksvorsteher Detlev Knabe persönlich seinen Dank für die vom SoVD geleistete Arbeit und lobte das Engagement des Verbandes für behinderte und sozial benachteiligte Menschen vor Ort.

Neben einem Rückblick auf die Aktivitäten des vergangenen Jahres konnten sich die Mitglieder über ein buntes Rahmenprogramm mit dem Männergesangsverein und der Frauengruppe freuen.



Ortsverband Schildesche

### Ortsverband Wattenscheid

Der Ortsverband Wattenscheid (Bezirksverband Bochum-Hattingen) hat seinen Jahresabschluss gemeinsam mit diversen Ehrengästen gefeiert. Grußworte überbrachten unter anderem die Bezirksvorsitzende Jutta König und der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel (SPD), der das ehrenamtliche Engagement des SoVD lobte.

Im Anschluss an die Grußworte nahm der Ortsverbandsvorsitzende Ronny Laake gemeinsam mit der Bezirksvorsitzenden Jutta König die Jubilarehungen vor. Marleen Blechschmidt, Heike Grohse-Thie und Gisela de Vries gehören dem Verband seit 25 Jahren an. Urkunde und Jubiläumszeichen für zehn Jahre Treue erhielten Manfred Bannasch, Günter Budde, Edwin Beckmann, Karin Buschow, Hans Emmerich, Helmut Fehrmann, Wilhelm Kaminski, Marli Lentz, Alfred Mertens, Mongi Nafti, Mechthild Neudorf, Willi Oltersdorf, Irene Roy, Ursula Sieg, Norbert Ulmaier und Waltraud Wenzel.



Ortsverband Wattenscheid

### Ortsverband Grumme-Voede

Die Mitglieder des Ortsverbandes Grumme-Voede (Bezirksverband Bochum-Hattingen) haben eine zweiwöchige Reise an die Mosel unternommen. Die Freizeit für Menschen mit und ohne Handicap bot den Teilnehmern viel Raum für gemeinsame Aktivitäten und gegenseitigen Austausch. Von Zeltingen aus unternahm die Gruppe zahlreiche Ausflüge in die Eifel und den Hunsrück sowie eine Rundfahrt auf der Mosel. Verschiedene Spiele- und Unterhaltungsabende rundeten das Programm ab.



Ortsverband Grumme-Voerde